

dungen erwachsen, so müssen auch aus der Kenntnis des Kommunismus konkrete Folgerungen für die Demokratie gezogen werden.

Hierin liegt vor allem eine Verpflichtung für die nachfolgenden Generationen. Denn die neue Generation, die jetzt heranwächst, ist in keine Kompromisse verstrickt. Sie sieht sich versucht, die kommunistische Vergangenheit völlig neu zu bewerten. Was können wir ihr an die Hand geben? Wichtig ist, daß wir uns der Tatsache bewußt sind, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit eine Aufgabe mit vielfältigen Facetten ist und in einem tiefreichenden politisch-sozialen Zusammenhang steht. So sollten wir die junge Generation zum Nachdenken darüber anregen, daß der Totalitarismus vor allem die beunruhigende Erfahrung enthält, wozu der Mensch alles fähig ist. Was alles kann aus uns werden? Hier liegt die Erkenntnis, daß es für den Menschen unbegrenzte Möglichkeiten gibt, sich wechselnden Bedingungen anzupassen. Wenn man bedenkt, daß seit dem Ende des Dritten Reiches, das nur zwölf Jahre bestanden hat, schon mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen ist, ohne daß es uns schon gelungen wäre, mit allen Problemen, die der Nazismus mit sich gebracht hat, fertig zu werden, drängt sich die Frage auf, wieviel Zeit wir wohl noch benötigen werden, um zu verstehen, was der eigentliche Geist der Epoche gewesen ist, die unser Leben ausgefüllt hat und was unser Anteil daran gewesen ist. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, verehrte Frau Professor, unser herzlichstes Dankeschön. Es hat bisher vier unter uns gegeben, die das Privileg hatten, nicht nur zuhören zu dürfen, sondern auch reden zu können. Das wird in den nächsten 60 Minuten anders sein. Jetzt dürfen sich auch eine ganze Reihe von anderen zu dieser Fragestellung äußern, die die beiden, die bisher dazu referiert haben, eindeutig mit Ja beantwortet haben. Sie können Ihre Meinung dazu äußern, Nachfragen an die beiden Referenten stellen oder auch mit kurzen Berichten belegen, warum Sie ja oder nein zu dieser Fragestellung sagen würden. Wir haben erste Wortmeldungen. Die erste ist von Professor Weber, bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Wir können sicher alle den Referenten – dabei möchte ich auch die beiden Einführungsreferate einbeziehen – dankbar sein, daß sie die klare Antwort gegeben haben, daß nicht Verdrängung, sondern Aufarbeitung eine Voraussetzung für den Ausbau der Demokratie ist, und bereits eine ganze Reihe von konkreten Beispielen gebracht haben, warum dies notwendig ist. Wir werden ja noch über justitielle und politische Aufarbeitung in der Diskussion zu sprechen haben.

Ich möchte daher nur ein einziges Problem ansprechen, das mich insbesondere deswegen bewegt, weil Frau Wolff-Poweska in ihrem Schlußwort ganz kurz darauf eingegangen ist, es aber ansonsten nicht behandelt wurde. Es handelt sich um die Frage: Welche Rolle kann bei dieser notwendigen Aufarbeitung die Wissenschaft spielen? Es ist klar, daß Wissenschaft auf der einen Seite bedeutet, bei dieser Aufarbeitung von Emotionalisierung und von Instrumentalisierung wegzukommen. Herr Gruša hat ja in seinem sehr beachtlichen und bedenkenswerten

Referat darauf hingewiesen, daß Aufarbeitung eigentlich sehr viel stärker gegenwartsbezogen ist. Das muß ja bei Wissenschaft etwas anders aussehen. Sie kann eine andere Grundlage geben als eine bloße Verdammung, die hier mit Recht als nicht genügend bezeichnet wurde, da sie auch den Boden für Rechtsradikalismus bereiten kann. Es muß nicht sein, daß damit wirklich Demokratie fundamentiert wird. Eine der notwendigen Voraussetzungen – das wäre meine Einschätzung – einer tatsächlichen politischen und moralischen Aufarbeitung ist die wissenschaftliche Erforschung dieser Jahrzehnte; ich denke, daß man ohne sie nicht auskommt.

Damit bin ich bei einem zweiten Thema, das ich immer wieder betone: Dies bedeutet auch Öffnung der Archive. Ich möchte die Referenten fragen, wie das in den jeweiligen Ländern aussieht. Nach meiner Kenntnis sind wir da nicht in einer so günstigen Lage wie bei den DDR-Archivalien, die im Gegensatz zu den westdeutschen, deren Öffnung ich immer wieder anmahne, mehr oder weniger offen sind. Das ist in Polen und anderen Ländern ja doch bedenklich. Herr Kollege Schröder hat auf die Stasiakten verwiesen, die zugänglich sind. Wie sieht das andernorts aus? Die Wissenschaft wird letztendlich zwar nicht durch die bloße Betrachtung der Archive die historische Wahrheit finden, das ist eine etwas zu einfache Sicht, aber sie wird ohne den Zugang zu all diesen Archiven nicht in der Lage sein, diese anfallende Aufgabe zu bewältigen. Mir kommt es auf Ihre Sicht der Frage an, welche Bedeutung in diesem Prozeß der Aufarbeitung die wissenschaftliche Forschung, die meines Erachtens nicht hoch genug angesetzt werden kann, hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Gerade was den zweiten Teil der Frage von Herrn Professor Weber angeht, möchte ich unsere ausländischen Konferenzteilnehmer bitten, sich zu Wort zu melden und dazu etwas aus ihrer eigenen Sicht und Erfahrung zu sagen. Das wäre sicher hilfreich. Als nächster erhält Professor Wilke das Wort.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der in der ganzen Diskussion bislang nur am Rande gestreift worden ist, nämlich die Frage der Bedeutung von Exil und Emigration für den Wiederbeginn und die Befestigung von Demokratie. Ich will zur Illustration kurz auf die westdeutschen Erfahrungen eingehen. Ich muß als jemand, der 1968 auch zu den Protestierenden gehörte, die etwas holzschnittartige Version, die Richard Schröder vorgetragen hat, daß erst mit uns in Westdeutschland die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus richtig losgegangen sei, doch ein wenig korrigieren. Es ist zwar sehr schön, wenn man sich ein solches Lob an die Brust heften kann, aber es ist nicht richtig und nicht wahr. Bei dieser Frage spielen von den Nazis verjagte oder vor ihnen geflohene Emigranten eine ganz wichtige Rolle.

Befestigung der Demokratie: Ich nenne, da wir in Berlin sind, zwei Namen von Bürgermeisterern. Da ist der aus dem türkischen Exil zurückgekommene ehemalige erste Generalsekretär der KPD Ernst Reuter, der als Sozialdemokrat den Westteil der Stadt während der sowjetischen Blockade 1948 verteidigte. Da ist der aus dem norwegischen und schwedischen Exil, aber schon als norwegischer

Staatsbürger nach Berlin zurückgekommene Willy Brandt, der sich in der Diskussion um die Frage, auf welcher Seite bei der beginnenden deutschen Teilung Demokratie und Recht sind, für die westliche Demokratie einsetzte und die SED, die im Ostteil der Stadt, wo wir uns jetzt befinden, regierte, 1948 als eine Partei der Quislinge und der sowjetischen Besatzungsmacht geißelte und von den Deutschen verlangte, sich gegen diese neue Diktatur zu stellen. Da ist in der Uniform der amerikanischen Anklägers der preußische Justizbeamte Kempner, der die Anklage gegen die Nazis und die Kriegsverbrecher in Nürnberg vertrat. Schließlich ist da – und damit will ich schließen – der Jurist Fritz Bauer, der hessische Generalstaatsanwalt, der zehn Jahre vor dem Jahre 1968 in Frankfurt den großen Auschwitz-Prozeß gegen die Mörder auf die Tagesordnung setzte.

In diesem Sinne will ich auch noch einmal an die große Bedeutung der Künstler und Schriftsteller, die aus der Emigration in dieses Nachkriegsdeutschland zurückkehrten, erinnern: Thomas Mann, Bert Brecht und all die anderen. Ich frage einfach einmal in unserer Diskussion, welchen Stellenwert Exil und Emigration für den Neuanfang in den Ländern des ehemaligen sowjetischen Imperiums haben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich möchte jetzt noch eine Wortmeldung aus der Kommission zulassen und dann an zwei unserer ausländischen Gäste das Wort erteilen.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich möchte mit einem Gleichnis die Frage beantworten, ob man verdrängen darf. Wenn ein Flugzeug abgestürzt ist, findet man in der Regel die Trümmer, aber für die Aufklärung ist meist der Flugschreiber das eigentlich Interessante. Im Unterschied zu unseren menschlichen Problemen ist der Flugschreiber eine unbestechliche Maschine. Der Mensch ist in der Regel beteiligt und hat auf Grund seiner Emotionen eine gewisse besondere Befangenheit. Ich glaube, daß das eines der wesentlichsten Probleme der Bewältigung zu einer Zeit ist, wo Lebende mitbewältigen müssen, was in ihrer Lebenszeit vorgegangen ist. Diesen Identitätstrotz, wie Sie es, lieber Richard Schröder, nannten, kann man auf diese Weise erklären.

Ich will eine kleine Episode – ohne Genaueres zu sagen – aus den letzten Minuten nennen. Als wir uns hier nach langer Zeit wiedertrafen und gemeinsam in der Volkskammer waren, diskutierten wir ein kleines Detail der dortigen Vorgänge und hatten beide ein unterschiedliches Bild von dem gleichen Vorgang. Ich will ihn hier nicht nennen, aber Sie sehen daran, wie schwierig es ist, trotz objektiven Willens eine Erinnerung richtig darzustellen, ohne etwas falsch darzustellen. Wenn man eine Wohnung aufräumt, um sie zu verlassen, räumt man gelegentlich auch den übervollen Bücherschrank auf. In der Regel nimmt man die Bücher mit, die einen aktuell interessieren, und wirft die weg, von denen man meint, sie ohne Beziehungsnot vermissen zu können. Genau das ist das Verfahren, das unbewußt jeder Lebende mit seiner eigenen Geschichte treibt.

1990 waren wir uns, wenn ich mich richtig zurückerinnere, in der Volkskammer absolut einig, daß die, die bei der Stasi waren, sich ein besonderes Mißfallen der

Gesellschaft eingehandelt haben. Aber kurz nachher waren es die Briefträger und die Lehrer. Dadurch ist Identitätstroz entstanden, weil der Kreis derer, den man zum Wirkungsmechanismus des Systems zählte, zum Teil in einer Weise erweitert wurde, die den Tatsachen nicht immer Rechnung trug. Mein Mathematiklehrer hat mir beispielsweise Mathematik und nichts anderes beigebracht, um das einmal so zu nennen. Durch andere habe ich anderes gelernt.

Ich möchte dieses in Fragen verdichten, die ich an die Referenten der bisherigen Vorträge habe. Meine erste Frage ist mehr an Richard Schröder gerichtet: Wie kann man die Befangenheit der Beteiligten, um zur Wahrheitsfindung zu kommen, aufbrechen? Es gibt nicht nur in der Technik eine Halbwertzeit, die allerdings umgekehrt orientiert ist, daß nämlich etwas in halben Zeiten abnimmt. Ich glaube, Wahrheit nimmt in der Hälfte der Zeit zu. Wie kann man diese Zunahme organisieren? Wie kann man eine Bekenntnisbereitschaft erreichen? In der Regel haben wir es bisher so gehandhabt, daß derjenige, der bekannt hat, bei der Staatssicherheit zu sein, aus seiner Beamtenstellung flog. Das betraf die, die nicht bekannt haben, genauso wie die, die bekannt haben. Wie kann man also Bekenntnisbereitschaft wecken?

Meine zweite Frage lautet: Wie kann man verfälschende Bühnenbeleuchtung der Geschichte vermeiden? Frau Wolff-Poweska hatte davon gesprochen, daß zum Teil Sensationslust verfälscht hat. Ich hatte es selbst erlebt, daß 1989/90 mir 26- und 27jährige Journalisten aus der alten Bundesrepublik, also aus dem Westen, wie wir damals sagten, erklärt haben, wie ich in der DDR gelebt habe. Obwohl sie garantiert gar keine Ahnung davon hatten, haben sie dann aber darüber großartig geschrieben. Damit haben sie Aussagen und Geschichte mitgeprägt.

Schließlich – das ist die letzte Frage -: Was kann man tun, daß wir die unglaublichen, in wirklich geschichtlicher Bereitschaft gesammelten Informationen so verdichten können, daß das Wesentliche deutlich wird. Das ist auch das Problem unserer Enquete-Kommission. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bevor ich dem ersten ausländischen Konferenzteilnehmer das Wort erteile, möchte ich als Vorgehensweise vorschlagen, daß erst alle nacheinander mit ihren Statements und Fragen drankommen und erst ganz zum Schluß, also kurz vor der Mittagspause, den angefragten Referenten die Möglichkeit gegeben wird, noch auf Fragen zu antworten. Ich unterstelle nämlich, daß mancher, der sich jetzt noch zu Wort gemeldet hat, keine Fragen stellt, sondern einen kurzen Bericht abgeben will oder seine Meinung erläutern möchte. Ich gebe jetzt Herrn Panov aus Bulgarien das Wort.

Asparuch Panov: Danke schön, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren! Ich komme, wie Sie schon gehört haben, aus Bulgarien. Eigentlich sollte Bulgarien durch den Ex-Staatspräsidenten und ehemaligen Dissidenten Dr. Schelju Schelew vertreten werden. Er konnte aber aus privaten Gründen nicht hierherkommen. Deshalb habe ich nun das Glück, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Ich will meine Ausführungen mit einem lustigen Beispiel aus der DDR-Zeit beginnen. Ich habe zu Hause ein Büchlein mit dem Titel „250 Jahre Akademie der

Wissenschaften der DDR“. Dieser Titel klingt heute ein bißchen witzig. Er zeigt aber gleichzeitig, wie tiefgehend die Probleme sind, die wir hier diskutieren, und wie kompliziert es ist, dieses belastende Erbe zu überwinden.

Für Bulgarien war die kommunistische Zeit die schlimmste Zeit in unserer Geschichte. Das ist wahrscheinlich der größte Unterschied zu Deutschland, wo man nach 1945 zum zweitenmal die Aufgabe hatte, ein ungeliebtes Erbe zu überwinden. Bulgarien war – alle wissen das – im Zweiten Weltkrieg ein Verbündeter Deutschlands. Aber wir haben nie eine richtige faschistische Diktatur gehabt. Das Regime war autoritär, aber nicht totalitär. Es gab auch ein Parlament. Natürlich gab es viele Beispiele für schwere Verletzungen der Menschenrechte. Aber wie Sie sich erinnern, hat Bulgarien 50 000 Juden in dieser Zeit gerettet.

Nach 1945 wurden unter dem Deckmantel des Antifaschismus all die, die dem kommunistischen Regime gefährlich werden konnten, getötet, kaltgestellt oder auf das Land abgeschoben. Auf diese Weise wurde die gesamte Elite vernichtet. Fast 100 Abgeordnete wurden zum Tode verurteilt. Unter diesen Abgeordneten befanden sich welche, die für die Rettung der Juden gestimmt haben. Das ist die Widersprüchlichkeit eines solchen Systems.

Ich komme nun zur Beantwortung der Hauptfrage, die am Anfang gestellt wurde. Auch ich beantworte diese Frage mit Ja, tausendmal Ja. Aber die Aufarbeitung ist ein langer Prozeß. Die Ergebnisse dieses Prozesses hängen auch von der Entschlossenheit und von der Geschwindigkeit ab.

Wie beurteile ich die politische Situation hinsichtlich der Aufarbeitung? Wir haben mit diesem Prozeß 1990 begonnen. Wir waren aber damals, wenn ich das sagen darf, zu idealistisch. Wir wollten auf keinen Fall beschuldigt werden, daß wir Rache üben wollten. Wir wollten diese Aufarbeitung im Geiste richtiger Europäer durchführen. Aber wahrscheinlich wegen dieser Haltung konnten wir acht Jahre lang keine Mehrheit für die Öffnung unserer Stasiakten finden. Erst in diesem Jahr wurde ein Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, diese Akten zu öffnen. In der Zwischenzeit waren die Akten teilweise vernichtet worden; teilweise gab es sogar einen schwarzen Markt für diese Akten. Viele Politiker wurden auf Grund ihrer Akten erpreßt. Ich glaube, daß das Nichtöffnen der Akten eine der wichtigsten Ursachen für die politische Instabilität in Bulgarien in dieser Zeit war.

Ich will noch ein kleines Beispiel geben: Ende 1991 haben wir ein Bankengesetz verabschiedet. Damals wollten wir einen Paragraphen einführen, der beinhaltete, die leitenden Bankangestellten, die zu eng mit den Machtstrukturen der kommunistischen Partei verbunden waren, für die Dauer von fünf Jahren zu entfernen. Leider hat das Verfassungsgericht diesen Paragraphen nicht akzeptiert. Viele führende Parteiaktivisten, die im Banksektor gearbeitet haben, haben zu dem Bankkollaps bei uns beigetragen.

Wir müssen uns immer wieder klar darüber werden: Die Aufarbeitung ist ein langer Prozeß. Wenn ich aus der zeitlichen Distanz auf die vergangenen sieben

Jahre zurückblicke, kann ich sagen: Man hätte vieles schneller machen können. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Panov. Ich bitte jetzt Herrn Professor Ceausescu aus Rumänien um das Wort.

Prof. Dr. Gheorghe Ceausescu: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will mich erst einmal für die Einladung und die Möglichkeit, an dieser wichtigen Veranstaltung teilzunehmen, bedanken.

Herr Eppelmann, darf ich Sie daran erinnern, daß es im September 1996, als der damalige Kandidat für die Präsidentenwahl und heutige Präsident Rumäniens, Prof. Emil Constantinescu, Bonn besucht hat, auf unseren Wunsch ein Treffen mit Ihnen und Prof. Constantinescu gab? Daran haben noch Führer anderer demokratischer Parteien teilgenommen. Sie wollten sich über die Vorgehensweise in Deutschland hinsichtlich der Aufarbeitung informieren, denn Deutschland ist für uns auch auf diesem Gebiet ein Modell.

Ich will auch daran erinnern, daß wir, also die damalige Opposition und nicht die Regierung, Herrn Joachim Gauck 1992 nach Rumänien eingeladen haben. Er war in Bukarest und hat uns erklärt, wie in Deutschland mit den Stasiakten verfahren wird. In Rumänien hatte die Regierung bis zu diesem Zeitpunkt auf diesem Gebiet absolut nichts getan.

Eine kurze Parenthese. In den Materialien, die wir bekommen haben, war auch ein Referat von Herrn Oschlies, das Rumänien betrifft. Es gibt dort noch sehr große dokumentarische Lücken. Diese Lücken müssen ergänzt werden, um mit einer seriösen Auswertung anfangen zu können.

Zurück zu meinen Ausführungen. Das Problem mit den Akten – der Kollege aus Bulgarien hat uns erklärt, wie die Situation in Bulgarien ist – ist in Rumänien noch größer als in den anderen Ländern. In der ehemaligen DDR hatte man ein paar Tage Zeit, Akten zu vernichten. Ich habe bei meinem Besuch der Gauck-Behörde gesehen, wie viele Akten man vernichtet hat. In Rumänien hatte man sieben Jahre Zeit. Nicht nur das: Wir wissen jetzt, daß schon in der Ceausescu-Zeit Akten vernichtet wurden. Ceausescu hatte nämlich befohlen, daß man die Akten der Parteimitglieder, die auch Kollaborateure der Securitate, also der rumänischen Stasi, waren, vernichtet. Seit dieser Zeit kann man keine Akten über inoffizielle Mitarbeiter der Securitate, die Parteimitglieder waren, finden. Deswegen kann man heute zu dem Eindruck gelangen, daß alle inoffiziellen Mitarbeiter nicht Parteimitglieder waren. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Es besteht die Gefahr, daß man Akten verfälscht hat. Nach der Wende hat man versucht, zu beweisen, daß verschiedene Politiker, wie der leider verstorbene Herr Coposu, die Demokraten waren, Kollaborateure der Securitate gewesen sind. So wurde in dieser Zeit der politische Kampf in Rumänien geführt. Dieses Beispiel zeigt, wie kompliziert die Sache mit den Akten ist. In diesem Moment diskutiert man – es gibt mehrere Entwürfe – ein Gesetz, das den Aufbau einer Art Gauck-Behörde regeln soll. Aber noch ist die Entscheidung

nicht gefallen. Wir Demokraten haben zwar die Wahl gewonnen, aber die Macht haben wir noch nicht in unseren Händen. Die konservativen Kräfte sind noch immer sehr stark. Die politische Krise in Rumänien – vielleicht haben Sie davon gehört – ist auch durch die Reaktion der konservativen Kräfte zu erklären. Ich will in diesem Zusammenhang aber nicht auf weitere Einzelheiten eingehen.

Ich will noch an einen weiteren Punkt erinnern. In bezug auf das Jahr 1989 sprach man von Revolution in diesen Ländern. Es stimmt, es waren revolutionäre Bewegungen; es gab revolutionäre Tendenzen. Wir sollten aber eine Sache nicht vergessen. Es gab Revolutionen und Kämpfe für die Demokratie schon von Anfang an in diesen Ländern. Schon 1944 hat überall in diesen Ländern der Kampf angefangen, denn der Kommunismus entsprach nicht dem Willen dieser Nationen. Er kam vielmehr durch die sowjetischen Panzer. Er blieb, solange die sowjetischen Panzer noch ein Machtfaktor waren. Der Widerstand – 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und während der Solidarnosc-Zeit in Polen – scheiterte – das darf man nicht vergessen –, weil die Macht der Panzer sehr stark war. Erst in dem Moment, in dem ihre Macht nicht mehr so stark war, konnte man etwas tun.

Ich bin der Meinung, daß es überall in diesen Ländern konservative Kräfte gibt, die vermeiden wollen, daß man eine Demokratie aufbaut. Das spiegelt sich in dem Kampf für die Vergangenheit wider. Wir konnten in Rumänien hören, wir sollten die Vergangenheit vergessen. Es wurde gefragt, was sie uns noch interessiere. Man solle nur in die Zukunft blicken. Aber wie schon viele gesagt haben: Man kann nicht eine demokratische Zukunft aufbauen, ohne die Vergangenheit zu kennen. Die Wahrheit als Prinzip muß existieren. Darum sind wir dafür, daß die Vergangenheit erforscht wird und daß wir sie erkennen.

Erlauben Sie mir noch eine Schlußbemerkung. Man hat gesagt, daß es keine gute Sache ist, die Menschen, die während der Stalin-Ära kriminell gehandelt haben und die nun alt und teilweise krank sind, jetzt vor Gericht zu stellen. Es entspreche nicht der Vorgehensweise eines Rechtsstaates. Darauf kann ich nur sagen: Die Wahrheit muß gesagt werden, und man muß sie offen vertreten. Es gab in Rumänien einen Kriminellen, der genauso kriminell war wie Heinrich Himmler, nämlich General Nikolski. Als man ihn nach der Wende gefragt hat, was er getan habe und wie er seine Vergangenheit beurteile, hat er gesagt: Ich hätte nie gedacht, daß es zu einer Situation wie im Dezember 1989 kommen wird. Diese Menschen waren also der Meinung, daß diese Situation ewig andauern würde.

Ich stelle mir daher die Frage, warum wir diese Kriminellen nach unterschiedlichen Kriterien beurteilen sollen? Manchmal liest man in der Presse, daß ein früherer SS-Mann entdeckt wurde und daß es zu einem Prozeß kommt. Das ist gut und richtig. Warum gilt das gleiche nicht für die kommunistischen Kriminellen? Grundsätzlich gilt, daß sie genauso kriminell waren.

Man hat hier noch gesagt, daß im Kommunismus nicht alles schwarz war. Natürlich, nichts auf der Welt ist nur schwarz. Aber der Kommunismus war als System genauso kriminell wie der Nationalsozialismus. Man sollte sich keine Illu-

sionen machen. Man findet all die Verbrechen, die es im Nationalsozialismus gab, auch im Kommunismus. Die Aussage, daß der Sozialismus in der Theorie gut sei, aber in der Praxis falsch umgesetzt worden sei, spiegelt ebenfalls eine Illusion wider. Vor einer solchen Aussagen müssen wir uns hüten, denn auch beim nächsten Mal würden wir wieder feststellen, daß die Praxis schlimm gewesen ist.

Auf die gestellte Frage antworte ich mit Ja. Wir müssen die Vergangenheit kennen. Der Austausch von Meinungen und der Vergleich der Situationen sind sehr wichtig. Im Grunde genommen waren alle Menschen aus den ex-sozialistischen Ländern in demselben System. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Ceausescu. Ein Blick auf meine Uhr zwingt mich, auf zwei Dinge aufmerksam zu machen. Zum einen möchte ich Sie herzlich bitten, darauf zu achten, daß wir noch vier Arbeitssitzungen haben. Sie müssen also jetzt nicht alles ansprechen. Wir werden mit der Zeit nicht auskommen, wenn es uns nicht gelingt, die noch folgenden Beiträge auf fünf Minuten zu begrenzen. Zum zweiten möchte ich für diese Runde die Rednerliste schließen, wenn sie damit einverstanden sind. Wenn noch jemand zu Wort kommen möchte, dann soll er sich bitte sofort melden. Später akzeptiere ich keine Wortmeldung mehr. Als nächster hat Professor Burrichter das Wort.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Schröder, Sie haben zu Recht und aus guten Gründen daran erinnert, daß eine überzeugende antikommunistische Grundhaltung noch nichts über das Demokratieverständnis der jeweiligen Person aussagt. Im Hinblick auf die Aufarbeitung würde ich diese Aussage positiv formulieren: Die Aufarbeitungsarbeit hat als normative *Conditio sine qua non* die Demokratietheorie. Vor diesem Hintergrund möchte ich mit Ihnen Ihr Demokratieverständnis diskutieren.

Sie haben verschiedentlich darauf hingewiesen – Frau Wolff-Poweska hat übrigens eine ähnliche Position skizziert –, daß die Institutionen der Demokratie akzeptiert werden müssen. Nun erinnere ich daran, daß wir in der alten Bundesrepublik in den 50er Jahren eine breite Diskussion zu Themen der politischen Bildung hatten. Es wurde damals – wie ich glaube, sehr gut begründet – darauf hingewiesen, daß die bis dahin praktizierte politische Bildung vor allen Dingen den Jugendlichen die Demokratie nur unzureichend vermittelt hat, indem die Demokratie als Verfahren behandelt wurde. Sie hatten gelernt, sich in den demokratischen Institutionen zurechtzufinden. Was aber festgestellt werden mußte: Das entscheidende Defizit war, daß ihnen nicht bewußt war und vermittelt worden ist, was denn nun Demokratie eigentlich ist. Dem Vorhalt Demokratie als Verfahren wurde der Vorhalt Demokratie als Lebensweise, was mehr ist, entgegengehalten.

Ich bin der Meinung, daß wir uns bei den gegenwärtigen Aufarbeitungsprozessen auch über die zu registrierenden Unzulänglichkeiten unseres Demokratiever-

ständnisses bewußt sein sollten. Vielleicht kann ja der Aufarbeitungsprozeß dazu beitragen, unseren Demokratiediskurs wieder anzuheizen. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Als nächster spricht der Kollege Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Wir führen dieses internationale Symposium zu den Fragen der Aufarbeitung durch, weil wir in der Kommission der Überzeugung waren, daß Aufarbeitung von Vergangenheit nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Aufgabe ist. Soll diese Aufarbeitung nur im Osten Europas stattfinden? Oder ist nicht auch der Westen herausgefordert, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen? Diese offenen Fragen, die uns hier beschäftigen sollten, möchte ich an den Anfang stellen.

In manchen Staaten Mittel- und Osteuropas hieß es 1990, man wolle zurück nach Europa. Was damit gemeint war, ist klar: Man wollte Anschluß an die westlich geprägte, anglo-amerikanische Tradition der Demokratie gewinnen. Ich sage das ganz bewußt so konkret, weil in dem Vortrag von Richard Schröder manche Unterschiede im Demokratieverständnis angesprochen worden sind, die für uns wichtig sind.

In der Formulierung „Zurück nach Europa“ ist nicht berücksichtigt – abgesehen davon, daß Warschau, Prag oder Budapest immer wichtige Zentren der europäischen Geschichte darstellten, nicht nur geographisch gesehen, sondern auch bezüglich ihrer Geschichte und Tradition –, daß die beiden großen Diktaturen und totalitären Systeme dieses Jahrhunderts, sowohl der Nationalsozialismus wie auch der Kommunismus, genuin europäische Phänomene sind. Diese Auseinandersetzung auf geistiger Ebene zu führen stellt eine zentrale Dimension dar, die über die einzelne nationale Aufarbeitung hinausgeht und im Rahmen derer wir miteinander das Gespräch führen sollten.

Sowohl der Nationalsozialismus als auch der Kommunismus waren Systeme, in denen Wahrheit und Macht gekoppelt waren. Der Monopolanspruch auf die Wahrheit und der Monopolanspruch auf die Macht waren verbunden. Für eine demokratische Tradition ist es dagegen von Bedeutung, daß es keinen Monopolanspruch auf Wahrheit gibt. Auch was die Mehrheit beschließt, hat zwar Anspruch auf Gültigkeit, nicht jedoch auf Wahrheit.

Damit komme ich zurück zu den Fragen, die Richard Schröder gestellt hat. Ich denke, die darin angesprochenen Dimensionen sind auch für unsere Gespräche wichtig. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich bitte jetzt Herrn Dr. Polochalo, das Wort zu ergreifen.

Dr. Wolodymyr Polochalo (Simultanübersetzung): Ich möchte einige Bemerkungen zum ehemaligen sowjetischen Raum äußern. Der Kontext und das wissenschaftliche Instrumentarium, von denen hier die Rede war, waren für mich hochinteressant. Die entsprechenden Ausführungen waren für mich von aller-

größtem Interesse, denn für den postsowjetischen Raum haben wir hierdurch viel Neues erfahren können.

Ich habe gehört, was Professor Wolff-Poweska über Polen und was Herr Gruša über Tschechien sagte. Ich bin davon überzeugt, daß man über den Totalitarismus und über seine Instrumente in der Vergangenheitsform reden sollte. Die Vergangenheit darf uns die Zukunft nicht verstellen. Hierzu wurde heute schon einiges gesagt. Die Überwindung des Totalitarismus ist sehr wichtig.

Es geht zum Beispiel darum, welche Folgerungen in Weißrußland oder in der Ukraine gezogen werden müssen. Es geht dabei auch um das Fortleben des ehemaligen sowjetischen Systems. Die postkommunistischen Systeme in Weißrußland oder in der Ukraine sind ja die letzten dieser Art in unserem Raum. Es handelt sich dabei um eine Art Hybrid und um eine Art Mimikry. Substantiell ist zu sagen, daß hier die Auseinandersetzung mit dem Postkommunismus auf ideologischer Ebene stattgefunden hat. Die ehemalige Nomenklatura – dazu gehören auch die Literaten und bestimmte Schichten in der Bevölkerung – ist doch nach wie vor totalitärem Denken verhaftet. Für viele postsowjetische Länder ist typisch, daß die Ideologie fortbesteht.

Die heutige Art von Postkommunismus, zum Beispiel in Weißrußland, zum Teil aber auch in Polen und Tschechien, unterscheidet sich von anderen Spielarten des Postkommunismus. Es gibt einen historischen Abstand zwischen den einzelnen Ländern. Dieser Abstand ist sehr viel größer geworden. Es geht dabei auch viel stärker um die Vergangenheit als um die Gegenwart, schon gar nicht zu sprechen von der Zukunft. Frau Professor Wolff-Poweska sprach von der demokratischen Stabilität und Stabilisierung, aber für die Ukraine oder für Weißrußland ist hierzu zu sagen, daß das alles noch ungewiß ist.

Der Totalitarismus muß bekämpft werden. Das gilt für alle Länder. Betonen möchte ich hierbei aber, daß der Totalitarismus im 20. Jahrhundert klassische Formen aufzuweisen hat. Heute erleben wir etwas, so glaube ich, das verlangt, daß wir stärker untersuchen müssen, was in den letzten acht bis neun Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion passiert ist. Wir müssen die Zeit, in der die betreffenden Länder unabhängig geworden sind, untersuchen. Wenn wir uns zum Beispiel die Ukraine anschauen, die wahrscheinlich von allen Sowjetrepubliken am allermeisten unter dem Totalitarismus gelitten hat – wir kennen ja alle die Opfer –, dann glaube ich, daß wir heute davon sprechen können, daß wir eine Kommission zur Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit brauchen. Das gilt auch für entsprechende gegenwärtige Systeme, die noch totalitärer Art sind. Wir wollen verhindern, daß eine totalitäre Zukunft entsteht. Wir brauchen vielleicht neue Begriffe und Kategorien und ein Instrumentarium, um die heutigen postkommunistischen Praktiken zu untersuchen und auch auszuwerten. Wir müssen die jeweiligen Unterschiede untersuchen; wir müssen differenzieren, denn es gibt ja Verschiedenheiten. In der Ukraine gibt es zum Beispiel nach wie vor totalitäre Hybride. Bestimmte Denkrichtungen bestehen weiter. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Der nächste Redner ist Dr. Alner aus der Slowakei. Sie haben das Wort.

Dr. Juraj Alner: Herr Schröder, Sie haben gesagt, daß Ihre Antwort auf die Frage selbstverständlich Ja sei. Dann kam die Frage nach dem Warum. Ich glaube, daß die nächste Frage dazu die nach dem Wie ist. Wie soll man mit der Vergangenheit jetzt umgehen, damit sie in der Bevölkerung akzeptiert wird? Das ist heute unser Problem. Es ist inzwischen eine Situation entstanden, in der sozusagen der Zeuge zum Richter geworden ist. Das mischt sich irgendwie. Auch das sollte man ein wenig klären.

Herr Gruša hat gesagt, daß Vergangenheitsbewältigung zugleich auch Gegenwartsbewältigung ist. Allerdings ist das ein Komplex von verschiedenen Fragen, die sich nicht nur auf die Frage des kommunistischen und des Nazi-Regimes beziehen, sondern der Komplex ist viel, viel breiter. Die Frage ist, ob wir das wirklich in dieser Breite besprechen sollen. Es gibt nämlich so etwas wie eine Genetik des Regimes, wie wir sagen. Spuren der Vergangenheit gehen immer weiter und weiter. Wir, pars pro toto die Slowakei, sprechen bei unserer Diskussion heute nicht nur über diese zwei Regime, sondern die Diskussion geht viel weiter zurück in der Geschichte, weil eben die Bewältigung der Vergangenheit in diesem breiten Sinne von uns noch nicht absolviert wurde. Ich glaube, daß das in den anderen Ländern ebenfalls so war.

Eine zweite Bemerkung: Bei diesem Vorgang heute entstehen verschiedene neue Hypothesen. Auch das ist ein Thema, daß man, statt die Hypothesen zu beseitigen, heute oft neue in dem Prozeß der Vergangenheitsbewältigung schafft. Man muß unterscheiden, wie sich die zwei Linien, die historisch-wissenschaftliche und die politische, entwickeln. Bei beiden gibt es aber auch Hypothesen. Eine dieser Hypothesen ist der von Herrn Schröder genannte antifaschistische Mythos. Dabei möchte ich darauf aufmerksam machen – das wurde schon diskutiert –, daß es ja eigentlich kein Faschismus war und man nur deshalb nicht über Nazismus spricht, weil man die Wörter Nationalismus und Sozialismus heute in manchen Kreisen in einem anderen Kontext verstehen möchte. Das Wort Faschismus ist eigentlich in diesem Zusammenhang auch ein Mythos.

Bei den Berichten aus den Ländern, die wir bekommen haben, gibt es auch noch Verschiedenes, wozu wir uns noch äußern möchten. Vielleicht wird dazu noch bei den anderen Themenkreisen Zeit sein, aber manches sollte man aufklären und sich dazu äußern. Alles weitere vielleicht am Nachmittag. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ihre Frage, die Sie gestellt haben, wage ich mit Ja zu beantworten: Es besteht nachher die Möglichkeit, dazu etwas in den einzelnen Arbeitssitzungen zu sagen. Hier findet ja jetzt ein erster Aufgalopp von uns statt. Als nächsten möchte ich Herrn Dr. Kováč, ebenfalls aus der Slowakei, um das Wort bitten.

Dr. Dusan Kováč: Ich muß zugeben, daß ich, wenn alle ja sagen, immer eine starke Neigung dazu habe, nein zu sagen.

(Heiterkeit)

In diesem Falle muß ich diese Neigung zum Spielverderber verdrängen und versuchen, die verschiedenen Gründe, warum es notwendig ist, an einem Beispiel zu demonstrieren.

In den letzten Jahren sind viele Journalisten in diese postkommunistischen Länder gekommen. Viele waren auch in der Slowakei. Sie haben mir als erstes die obligatorische Frage gestellt, warum es in der Slowakei so viele Probleme mit der Demokratie gibt. Auch das ist wahrscheinlich ein Stereotyp im Denken. Sicher gibt es in der Slowakei sehr viele Probleme mit der Demokratie, aber das trifft nicht nur auf die Slowakei zu. Momentan gibt es in der Slowakei ein starkes Problem nicht mit der Demokratie selbst, sondern mit den antidemokratischen Neigungen der Regierung. Meine Antwort auf diese Frage lautete immer so: Können Sie sich vorstellen, daß sich in einem Land, in welchem 40 Jahre lang ein totalitäres Regime herrschte, Menschen plötzlich von einem Tag auf den anderen demokratisch benehmen können? Ich bin kein junger Mann. Ich wurde während des Zweiten Weltkrieges in einem totalitären Regime geboren. Wie können Sie jetzt plötzlich von mir verlangen, mich demokratisch zu benehmen?

Wichtig ist: Es ist etwas anderes, für die Demokratie zu kämpfen, als in der Demokratie zu leben. Dazu braucht man Zeit. Das ist ein Prozeß. Die Menschen müssen sich ändern; sie müssen andere Gewohnheiten entwickeln. Herr Schröder hat gesagt, daß Demokratie nicht nur aus einem demokratischen System und freien Wahlen besteht, sondern daß es sich um eine Lebensweise handelt, die Zeit braucht. Ich glaube, daß man gerade durch diese Aufarbeitung den Prozeß etwas beschleunigen könnte, weil eine öffentliche Diskussion in der Gesellschaft nötig ist.

Damit bin ich bei einer zweiten Bemerkung: Ich kenne auch die Situation in anderen Ländern und glaube, daß uns ein wenig die innere Strukturierung des Problems fehlt. Wir werden über die juristische und die politische Seite noch weiter sprechen. Aber ich glaube, daß diese horizontale Teilung auch ihre vertikale Richtung hat. Dazu wieder ein Beispiel, das die juristische Seite des Problems angeht: Diese Sache scheint sehr einfach zu sein. Verbrechen bleibt Verbrechen. Aber ich stelle die Frage: Was heißt es, ein Verbrechen aufzuarbeiten? Man muß es verurteilen, aber die Aufarbeitung beginnt auf einer etwas tieferen Ebene. Hier ist die Wissenschaft gefragt. Das Problem muß wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Da sind wir wahrscheinlich noch am Anfang. Ich kenne nicht alle Länder gleich gut. Aber ich glaube: Eine Bestätigung dafür, daß wir noch am Anfang sind, ist die Tatsache, daß wir kein Wort für das System haben. Wir sprechen über Totalitarismus, aber es gibt viele totalitäre Regime. Wir sprechen über Kommunismus, aber auch das stimmt zumindest etymologisch nicht. Wir müssen also den Weg von der Verurteilung zur Verarbeitung noch ein bißchen gründlicher durchdenken.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Der nächste Redner ist Professor Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Als erstes möchte ich zunächst auf einige Fragen des heutigen Vormittags eingehen. Es wurde gesagt: Die Aufarbeitung und Durcharbeitung von Vergangenheit sei die Voraussetzung für die Etablierung von Demokratie. Dies war Konsens. Ich möchte aber hinzufügen – das klang bei Herrn Gruša an –, daß andererseits die Etablierung von Demokratie die Voraussetzung für die Aufarbeitung von Vergangenheit ist. Dieses muß mitgesehen werden, denn die Aufarbeitung muß in bestimmten Formen und nach bestimmten Regeln ablaufen, wenn sie nicht völlig instrumental sein soll. Das hieße dann, daß beide Prozesse kommunikativ miteinander verbunden werden müssen, ohne aber identisch zu sein. So würde ich es formulieren. Dieses gehört irgendwie zusammen und ist dennoch nicht identisch.

Mein zweiter Punkt: Zur Aufarbeitung gehören verschiedene Ebenen, die angesprochen wurden und die wir nacheinander diskutieren werden, also die rechtsstaatliche Aufarbeitung, der öffentlich-politische Diskurs, über den wir reden müssen, und die wissenschaftliche Rekonstruktion. Auch in diesem Fall müssen wir sagen: Es ist viel gewonnen, wenn diese Prozesse voneinander in gewisser Weise unabhängig sind. Das scheint mir wichtig zu sein, daß diese Prozesse auf verschiedenen Ebenen mit einer gewissen Autonomie ablaufen müssen. Zu den rechtsstaatlichen Prozessen gehört natürlich auch – das kam heute morgen ein wenig zu kurz – die Rehabilitierung von Opfern. Das ist ein wesentlicher Punkt, den wir in diesem Zusammenhang berücksichtigen müssen. Dazu noch eine Zusatzbemerkung: Diese Prozesse, auch die wissenschaftlichen, sind erfahrungsgemäß lange laufende Prozesse. Wir brauchen für diese Prozesse auf den verschiedenen Ebenen schlicht einen langen Atem, wenn wir sie bewältigen wollen.

Schließlich noch eine dritte Bemerkung: Auch von Richard Schröder ist wieder ein emphatischer Wahrheitsbegriff im Hinblick auf die Aufarbeitung genannt worden. Ich glaube, daß das verständlich und berechtigt ist. Hannah Arendt hat zu Recht gesagt, die Aufklärung über Vergangenheit sei wichtig und es sei typisch für posttotalitäre Gesellschaften, daß Tatsachen vielfach zu Meinungen verfälscht würden. Das ist sicher richtig. Umgekehrt ist natürlich auch die Wahrheit perspektivisch zu sehen. Es gibt eben verschiedene Sichtweisen der Vergangenheit – auch das klang hier an –, die jeweils legitim sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Richard Schröders Adresse bemerken: Als jemand, der in Westdeutschland sozialisiert wurde, fühle ich mich weder als Staatsbürger noch als Historiker in der Rolle eines Zuschauers. Ich habe vielleicht eine größere Distanz dazu, aber ich könnte meine Rolle nicht als die eines Zuschauers sehen, sondern als die jemandes, der heute mitgefordert ist, an bestimmten Prozessen der Klärung unseres Geschichtsbewußtseins mitzuwirken. So würde ich die Aufgabe bezeichnen. Die Rolle des Zuschauers wäre mir zu wenig.

Eine letzte Bemerkung, mein vierter Punkt: Viele Probleme in den verschiedenen mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern ähneln sich in gewisser Weise, aber sie sind wohl doch nicht identisch. Auch sind die Bedingungen vielfach doch sehr unterschiedlich. Insofern wäre es sehr wichtig, etwas über die spezifi-

schen Bedingungen zu hören, die es ermöglichen, voneinander zu lernen. Aber die Wege selbst werden unterschiedlich sein müssen, weil die jeweiligen Bedingungen anders sind. Eine Vernetzung unterschiedlicher Aufarbeitungsprozesse auf der internationalen oder transnationalen Ebene könnte das sein, was wir anstreben müssen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich eile weiter und erteile Herrn Dr. Pucnik aus Slowenien das Wort.

Dr. Joze Pucnik: Danke, Herr Vorsitzender. Weil ich heute nachmittag noch über die spezielle Lage in Slowenien spreche, beschränke ich mich jetzt nur auf eine Frage und ein Phänomen, das mir sehr interessant erscheint. Das ist das Phänomen, daß ich die Entstehung und Entwicklung einer Ideologie gegen die Aufarbeitung des totalitären Erbes nennen möchte. Es geht ganz bestimmt nicht um eine ausgearbeitete Ideologie, sondern um ein Kompendium von Argumenten, die meines Wissens nicht nur in Slowenien, wo wir mit der Aufarbeitung noch nicht oder nur kaum angefangen haben, sondern auch in einigen anderen Ländern auftauchen.

Ich skizziere einige Argumente, die in diesem Zusammenhang auftauchen:

Erstens. Es geht um die Zukunft. Was soll die Geschichte? Es geht um die Jugend und um Arbeitslosigkeit, um Arbeitsplätze usw. Warum jetzt Arbeit, Energie und Mittel bei dieser sogenannten Vergangenheitsbewältigung verlieren?

Zweitens. Das Phänomen des Kommunismus ist ungeheuer komplex. Das ist zwar wahr, aber das wird bei uns mit der Intention betont, daß wir jetzt der Wissenschaft ein paar Jahrzehnte Zeit geben und uns erst, wenn diese Ergebnisse auf dem Tisch liegen, weiter mit diesem Phänomen beschäftigen sollten.

Drittens. Es geht um den Vorwurf, daß diejenigen, die Initiativen zur Auseinandersetzung mit diesem Erbe ergreifen, nicht über die notwendige Objektivität verfügen. Es wird ihnen in die Schuhe geschoben, daß sie Revanchismus üben wollten oder Rachegefühle hätten oder ähnliches. Ich will nicht abstreiten, daß es auch so etwas geben kann, aber hier geht es meiner Meinung nach um den Versuch, die Intention, sich mit diesem Phänomen zu beschäftigen, zu diskreditieren.

Viertens. Was sollen die politischen Initiativen bei diesem Phänomen? Es geht hier um eine komplexe gesellschaftliche Problematik, die wiederum – wie schon im vorherigen Punkt – nur ein Gegenstand der komplexen und interdisziplinären Wissenschaft sein dürfte.

Am Ende taucht in verschiedenen Varianten das Argument auf, daß doch in diesen Zeiten nicht alles schlecht war. Als ob es darum ginge, was gut war. Man redet davon, daß das Bruttosozialprodukt gewachsen sei, neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien, im Schulwesen sich mancherlei zum Besseren entwickelt habe usw. Das stimmt natürlich auch alles mehr oder weniger, aber darum geht es ja nicht. Mit diesem Argument wird im Grunde versucht zu verweisen, daß bei Gesprächen über den Totalitarismus der kommunistischen Zeit über die

eklatanten Vergehen gegen die grundlegenden Menschenrechte geredet wird und nicht darüber, daß es Frühling und Winter gab, daß die Flüsse geflossen sind und daß es Regen gab, daß die Holzmassen in den Wäldern einen Zuwachs zu verzeichnen hatten usw. Es geht vielmehr um die Verstöße. Wenn man sagt, es war nicht alles schlecht, entgegne ich: Sicher war nicht alles schlecht; ganz sicher gab es im sozialen Bereich in den einzelnen Ländern auch positive Verschiebungen und Entwicklungen, aber natürlich kann man deswegen die geschehenen Verbrechen nicht einfach vergessen. Ich würde für die Länder – zu denen gehört auch Slowenien –, in denen wir ein relativ niedriges politisches Bewußtsein, eine relativ niedrige wirtschaftliche Basis und eine relativ geringe demokratische Erfahrung in der Vergangenheit zu verzeichnen haben, folgendes als Hypothese behaupten: In solchen Ländern haben wir es mit einem Phänomen zu tun, das ich als allgemeinen Zustand des Geistes bezeichnen würde. Das ist die Neigung – kein Schuldgefühl, es ist viel komplexer – zu sagen: Was soll das Ganze? Was bringt das Ganze? Es geht tatsächlich um die Banalität des Alltags. Deswegen sollte man all das beiseite schieben.

Abhilfe – damit möchte ich schließen – könnte meiner Meinung nach dadurch geschaffen werden, daß wir in Europa daran arbeiten, zu einem Konsens in den wesentlichen Fragen des kommunistischen Totalitarismus zu kommen. Einen ersten Schritt stellt schon die Resolution des Europarates aus dem Jahre 1996 dar. Dort steht schon vieles drin. Aber man müßte vermutlich zu konkreteren Charakterisierungen kommen, die man dann in den einzelnen Ländern nicht mehr so willkürlich umbiegen kann, wie das mit dieser Resolution 1996 heute gemacht wird, wo jeder nur die Absätze der Resolution liest, die pro domo und für bestimmte Interessen günstig klingen, aber die Gesamtaussage und -botschaft außer acht läßt.

Noch ein letzter Satz: Ich glaube nicht, daß Länder wie Slowenien mit diesen Charakteristika, über die man natürlich genauer reden müßte, ohne geistige Hilfe, ich denke hier nicht an materielle Hilfe, mit dieser Problematik fertigwerden können. Ich glaube, daß man hier auch in der Richtung arbeiten müßte, eine Institution – ich will jetzt nicht in die Details gehen; das ist mehr eine organisatorische Frage – einzurichten. Denn mit eigener Kraft kann man sich selbst nicht aus dem Morast herausziehen. Danke schön, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Pucnik. Als nächster spricht Petr Uhl aus Tschechien.

Petr Uhl (Simultanübersetzung): Meine Damen und Herren! Auch ich möchte gerne einen Beitrag zum Thema der internen Strukturierung der Probleme leisten, ähnlich wie es mein Kollege Dusan Kovác schon getan hat. Ich möchte etwas zur Problematik der Strukturierung sagen. Es geht um Probleme, die intern miteinander verbunden sind, aber dennoch jeweils sehr verschieden voneinander sind, so daß sie doch getrennt und gesondert voneinander bearbeitet werden müssen. Man darf sie nicht durcheinander werfen. Das eine betrifft die Rehabilitierung der Opfer, sowohl die moralische als auch die materielle Rehabilitierung. Zum anderen geht es um die Bestrafung der Verbrechen und drittens um eine

eventuelle Ermittlung der Verantwortlichen der ehemaligen Regime, viertens um Öffnung der Archive und fünftens um die Verbreitung der neueren Geschichte und der Lehren, die daraus für die geistige und psychische Gesundheit der Gesellschaft gezogen werden sollen.

Ich möchte nun gerne ganz kurz auf diese fünf Punkte eingehen, weil – wie früher die Tschechoslowakei – heute die Slowakische und die Tschechische Republik mit diesen Problemen konfrontiert sind. Wir sind konstant und auch auf et- was unterschiedliche Art damit konfrontiert.

Gemessen an dem, was die Opfer erlitten haben, ist die Rehabilitierung das aller- erste, was getan werden muß. Das ist nach meiner Ansicht durch die Gesetze von 1990 schon ausreichend geschehen. Dadurch – man kommt auf dieses Thema immer wieder zurück – erweist man den Opfern Respekt und gewährt ihnen auch einen finanziellen Ausgleich. Die Tschechische Republik und auch die Slowakei sind dieser Aufgabe im Sinne eines Rechtsstaates gerecht geworden.

Nun zur Bestrafung der Verbrechen. Hier handelt es sich um ein äußerst kompli- ziertes Problem, mit dem wir uns sicher noch heute nachmittag und morgen be- fassen werden. Als allererstes muß man in diesem Zusammenhang daran denken, daß es ja um eine Vorgehensweise geht, die durch ein tschechisches Gesetz ge- regelt wird. Es gibt Kritik, die besagt, daß all das ja letztlich eine Art Rache der Sieger gegenüber denjenigen sei, die die Schlacht verloren haben.

Dieses ist natürlich ein sehr komplexes Problem, gerade weil es auch um die rückwirkende Wirkung der Gesetze geht. Wir haben in der Tschechischen Repu- blik gerade vor dem Verfassungsgericht ein von verschiedenen Gerichten aus einzelnen Landesteilen beantragtes Verfahren anhängig. Die Frage ist noch nicht entschieden worden. Es geht um die Verantwortung der Machthaber im alten Regime. Das ist etwas anderes als die Bestrafung. Auch dafür haben wir neue Gesetze. Mit diesem Problemkomplex auf moralischer und politischer Ebene ha- ben wir sicher noch lange zu tun.

Als nächstes möchte ich eine Frage beantworten, die hier gestellt wurde. Der ga- rantierte Zugang zu den Akten, das heißt die Öffnung der Archive, ist in der Tschechischen Republik durch ein Gesetz geregelt worden, das seit einigen Mo- naten, seit September 1997, in Kraft ist. Dieses Gesetz besagt, daß jeder tsche- chische Bürger oder ehemals tschechoslowakische Bürger das Recht hat, Einsicht in seine Akten zu nehmen, um dort die Informationen zu suchen, die von der ehemaligen politischen Polizei zusammengetragen und vermerkt worden sind. Das ist so ähnlich wie in Deutschland geregelt. Wir haben das deutsche System ein wenig kopiert. Es hat aber trotzdem Kritik in bezug auf die Art der Öffnung der Archive in meinem Land gegeben.

Ich komme zum Punkt 5, dem wichtigsten Punkt, über den wir immer wieder sprechen müssen. Das ist die Aufklärung über die neuere Geschichte, das stetige und ständige Verbreiten von Informationen über Verbrechen und über die Ver- fahrensweise der politischen Polizei des ehemaligen Regimes. Es handelt sich um eine Aufgabe, die wir alle gleichermaßen erfüllen müssen.

Ich möchte hier gerne bekräftigen, daß wir ohne die Hilfe der demokratischen Welt, insbesondere der westeuropäischen Länder, nicht in der Lage sind, wie es sich gehört, Lehren aus der Geschichte der jüngsten Vergangenheit zu ziehen. Der Stalinismus ist ein internationales Phänomen. Ihn und den Totalitarismus in jeder Form müssen wir auch heute noch bekämpfen. Aber nur durch die Kenntnis unserer eigenen Geschichte ist uns dies möglich.

Zum Schluß ein Satz von Adam Michnik, meinem Freund aus Polen. Ich darf ihn so nennen; ich schätze ihn sehr. Er hat im Zusammenhang mit den Verbrechen der kommunistischen Regime in der Vergangenheit folgende These geäußert: Man müsse eine Amnestie gewähren, aber man dürfe nie der Amnesie, der Gedächtnislosigkeit, anheimfallen, weil dadurch eine Kluft entstehe, die uns zwar juristisch von der Vergangenheit trennt, die aber keine Probleme löst. Man dürfe die Vergangenheit nie vergessen, man müsse immer an sie erinnern, damit sich die Geschichte nicht genauso wiederholen könne. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Petr Uhl. Als letzter in dieser Runde spricht Herr Hegedüs aus Ungarn. – Bitte schön.

András B. Hegedüs: Danke schön, Herr Vorsitzender. Es ist keine gute Ausgangsposition, als Letzter vor der Mittagspause zu sprechen. Ich werde mich daher kurz fassen. Wir sind alle einer Meinung und haben auf die Hauptfragen – ich möchte sie nicht wiederholen – mit Ja geantwortet. Es ist keine große Überraschung, denn man hat uns wahrscheinlich dementsprechend ausgewählt.

(Heiterkeit)

Diese Auswahl ist nicht manipulativ, sondern sie ist richtig. Ich hätte die Auswahl genauso getroffen. Es handelt sich um Grundfragen, in denen wir einer Meinung sind. Ich möchte einen Schritt weitergehen. Es freut mich sehr, daß alle Kollegen aus den Nachbarländern Ungarns ja gesagt haben: die slowakischen Freunde – obwohl sich die Beziehung zwischen unseren Staaten in einer peinlichen Situation befindet; aber in dieser Frage stimmen wir überein –; der Kollege aus der Ukraine, mit der wir keine außenpolitischen, aber sehr viele nachbarschaftliche Probleme haben, hat ebenso ja gesagt wie die Kollegen aus Rumänien, mit denen ich gestern noch längere Zeit gesprochen habe. Auch mit den Slowenen gibt es keine kontroverse Diskussion. Die Tschechen sind keine direkten Nachbarn. Die Polen muß ich nicht nennen, weil wir mit ihnen immer einverstanden sind. Ich möchte aber nicht zu populistisch sein.

Es klingt ein bißchen witzig, aber ich meine es selbstverständlich sehr ernst: Dieser geographisch sehr komplizierte Teil Europas – es ist ganz unwichtig, ob es Osteuropa, Mitteleuropa oder Südosteuropa ist – ist in der Frage, wie die totalitäre Gesellschaftsordnung und das kommunistische Erbe aufgearbeitet werden soll, einer Meinung. Ich bin sehr einverstanden mit dem Bundestagsabgeordneten Meckel, der sagt, daß dies auch eine Frage an den Westen ist. Das ist ein ziemlich neuer Gedanke. Vielleicht könnten wir ihn heute ein bißchen vertiefen. Wenn wir dieser Meinung sind, dann können wir sagen, daß es sich um eine gesamteuropäische Frage handelt.

Ich möchte nun einen kleinen Vorschlag machen, über den wir dann diskutieren können: Vielleicht wäre es günstig, wenn wir morgen oder – wenn wir keine Zeit mehr haben – zu einem späteren Termin eine Deklaration in bezug auf diese Probleme, die wir in gleicher Weise beurteilen, formulieren. Für den Zeitpunkt dieser Deklaration kann man zwei Gründe angeben. Der erste Grund ist, daß wir jetzt das erste Mal in Berlin – genauer: in Ostberlin – zusammentreffen. Der zweite Grund ist, daß die Enquete-Kommission ihre Arbeit nun – ich möchte sagen: leider – beendet. Die Arbeit, die sie geleistet hat und die wir kennen, ist großartig. Diese Arbeit ist in unseren Ländern von Polen bis Albanien und selbstverständlich auch in Ungarn noch nicht geleistet.

Ich möchte die entsprechenden Punkte kurz aufzählen: Wir könnten eine kurze Deklaration über das Problem der moralischen, ethischen und politischen Zusammenhänge verabschieden. Wir könnten unseren gemeinsamen Standpunkt hinsichtlich der Akten, der Datenverarbeitung und der persönlichen Rechte formulieren. Wir könnten unsere gemeinsamen Anschauungen formulieren hinsichtlich der moralischen und politischen Rehabilitation. Wir könnten daneben auch die Anschauungen formulieren bezüglich des Problems der Wiedergutmachung und des Schadensersatzes, in denen wir nicht übereinstimmen. Die Entwicklung ist in allen Ländern schon sehr weit fortgeschritten. Ich bin nicht sicher, ob dieses Problem in allen Ländern schlecht gelöst worden ist. Aber ich bin sicher, daß es in Ungarn der Fall war.

Das Wichtigste wäre: Wir können eine gemeinsame Deklaration über die wissenschaftliche Aufarbeitung und die internationalen Zusammenhänge machen. In Ungarn haben wir sehr gute Fortschritte erzielt. Darüber werde ich vielleicht heute nachmittag oder morgen noch etwas detaillierter sprechen.

Ich bin sehr optimistisch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Rumänien. Wir haben eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, aber wir haben fast gar keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den anderen Ländern. Ohne diese Zusammenarbeit können wir das Problem – ich komme jetzt auf Europa zurück – nicht unter europäischen Gesichtspunkten lösen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich danke Ihnen auch für Ihren konkreten Vorschlag, auf den wir sicherlich in den nächsten Stunden noch zurückkommen werden. Ich möchte die drei nächsten Redner, die vor der Mittagspause noch zu Wort kommen, darum bitten, jeweils fünf Minuten nicht zu überschreiten. Ich möchte Sie, liebe Frau Professor, bitten, zu beginnen.

Prof. Dr. Anna Wolff-Poweska: Ich möchte kurz die Fragen beantworten, die mir direkt gestellt wurden. Andere Bemerkungen möchte ich heute nachmittag machen. In der Frage von Professor Weber ging es um die Wissenschaft. Die Wissenschaft in Polen steht wie in allen postkommunistischen Ländern vor der anspruchsvollsten und wichtigsten Aufgabe, wenn es um die Aufarbeitung der Vergangenheit geht. Die Wissenschaftler haben die Chance – abseits der Politik – sine ira et studio mit vollem Zugang zu Archiven diese Probleme zu erwägen.

Ich persönlich lege sehr großen Wert darauf, daß komparatistische Studien gemacht werden. Hier liegt für mich ein großes Problem, nämlich: Soweit ich weiß, werden Forschungsprojekte meistens mit deutschen Kollegen realisiert. Die Art und Weise der Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland kann man nicht mechanisch auf uns übertragen, weil es eine ganz spezifische Transformation durch die Vereinigung gab. Alle Kollegen aus den postkommunistischen Staaten können bestätigen, daß es kaum oder keine Forschungsprojekte gibt, die von Wissenschaftlern aus allen postkommunistischen Staaten gemeinsam realisiert werden. Ich erfahre von der Aufarbeitung der Vergangenheit in Tschechien, der Slowakei und Slowenien durch die deutsche oder englische Literatur. Aber der direkte Austausch zwischen den Wissenschaftlern aus allen postkommunistischen Staaten ist sehr schwach entwickelt.

Sie haben auch nach dem Zugang zu Archiven gefragt. In Polen wurden zwischen 40 und 50 Prozent der Akten vernichtet. Selbst in Danzig, der Wiege der Revolution und der Oppositionsbewegung, sind nur 5 Prozent der Akten und Dokumente aus dieser Zeit übriggeblieben.

Der Zugang zu den Akten soll dieses Jahr geregelt werden. Ende 1997 wurde vom Präsidenten ein Entwurf eines neuen Lustrationsgesetzes im Sejm eingebracht. Dazu wurde eine – man kann es wörtlich übersetzen – „Kommission des öffentlichen Vertrauens“ gegründet. Diese Kommission soll aus Leuten, die nichts mit der Politik zu tun haben, bestehen.

Professor Wilke hat gefragt, welche Rolle die Emigrationsliteratur in Polen spielt. In den letzten Jahren nach der Wende gab es nicht nur dokumentarische, sondern auch wissenschaftliche und journalistische Arbeiten und Monographien, die von Emigranten, Historikern und Journalisten geschrieben wurden. Das ist verständlich, denn sie haben die notwendige Distanz und den Zugang zu den Akten. Es geht um die ganze Gulag-Literatur, die sich mit den sowjetischen Verbrechen beschäftigt. Die bisher einzige wissenschaftliche Aufarbeitung des Marxismus-Leninismus wurde von Andrzej Walicki, der meistens im Ausland lebt, geschrieben.

Es wurde auch die allgemeine Frage gestellt, wie man Verfälschungen vermeiden kann. Es gibt viele Fragen, auf die es keine eindeutige Antwort gibt. Diese Frage gehört dazu. Es gibt viele Dinge, die wir noch nachholen müssen. Es geht um unabhängige Medien, Wissenschaft und Vermittlungsinstitutionen zwischen Bürgern und Staat. Staatliche Institutionen allein reichen nicht aus. Vor allem brauchen wir – ich denke an die Transformationsländer – die Institutionen der politischen Bildung und verschiedene Akademien. Bisher haben wir solche Institutionen nicht. Außerdem brauchen wir neue Schulbücher. Das ist ein langer Prozeß. An den Schulen und Universitäten befinden sich dieselben Lehrer und Wissenschaftler, die schon früher dort waren. Man kann die Verhältnisse also nicht von heute auf morgen ändern.

Eine letzte Bemerkung zu dem Kollegen, der vorhin den berühmten Satz von Michnik erwähnt hat: Michnik, den auch ich sehr schätze, gehört heute zu den

meistkritisierten Menschen in Polen. Diese Kritik entstammt der Tatsache, daß er sehr kompromißbereit ist und zu viel mit den ehemaligen Eliten zu tun hatte. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie schwer es ist, eine Kompromißlösung zwischen diesen beiden Orientierungen zu finden. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Als nächster hat Jirí Gruša das Wort.

Jirí Gruša: Man kann unsere Diskussion in vier Schlagwörtern, die mit „R“ beginnen, zusammenfassen: Rehabilitation, Retribution, Restitution und Reconciliation. Die Reihenfolge ist richtig. Ich habe meine Schwierigkeiten, wenn die Aufarbeitung der Vergangenheit ohne Reconciliation durchgeführt werden sollte. Der Präfix „Re“ zeigt, daß wir etwas zurückgeben wollten. Mit meiner Bemerkung in meiner Einführungsrede wollte ich ausdrücken, daß das „Re“ eigentlich die Realität von heute und nicht von damals ist. Das ist alles, was ich dazu sagen will.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Richard Schröder bitte.

Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder: Ich will nur zu dem Hinweis Stellung nehmen, daß Demokratie als Verfahren nicht genüge. Es müsse eine demokratische Lebensweise hinzukommen. Dieser Hinweis sollte eine Kritik an meiner Bemerkung sein, die Institutionen der Demokratie zu akzeptieren.

Ich will daran erinnern, daß zu DDR-Zeiten der Kommunismus seinen Anspruch auf Machtausübung auf folgende Weise legitimiert hat: Wir machen das alles viel einfacher, wir lassen den ganzen Formalkram weg. Es ist für den Normalbürger eine schwierige Aufgabe, zu realisieren, wie jetzt die Zuständigkeiten verteilt sind.

Ich gebe Ihnen ein banales Beispiel: Als ich noch Fraktionsvorsitzender war, ging ich einmal zur Post. Dort gab es eine lange Schlange, und eine Frau sagte zu mir: Sorgen Sie einmal dafür, daß hier zwei Beamte sind! Auf die Frage, wie sie darauf komme, sagte sie: Ich weiß, wer Sie sind. Also die Vorstellung, daß jemand da oben für alles zuständig sei, ist immer noch vorhanden. In Versammlungen wird gesagt, daß sich der Ministerpräsident einmal darum kümmern solle, daß die Richter eine andere Rechtsprechung praktizieren.

Unterschätzen Sie also die Verfahren in der Demokratie nicht, denn ohne Verfahren gibt es keine Demokratie! Ich habe schon darauf hingewiesen, daß nach meinem Verständnis in der Demokratie – im Gegensatz zu der marxistischen Anthropologie – die Machtkontrolle der zentrale Punkt ist. Diese Kontrolle gibt es nur durch verteilte Zuständigkeiten. Ich sage nicht, es käme nicht auf Kompromißfähigkeit und die diskursive Kompetenz, die Fähigkeit, den Streitpunkt, der zwischen dir und mir besteht, exakt zu erfassen, an. Der Hauptlernbedarf besteht offenbar darin, zu erkennen, daß wir in einem Gemeinwesen mit verteilten Kompetenzen leben.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich glaube, in diesem Punkt sind wir einer Meinung. Ich möchte all denjenigen danken, die durch ihre Beiträge und durch ihr Zuhören zum Gelingen der ersten Einheit beigetragen haben. Ich bin gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß die Arbeitssitzung nach dem Mittagessen nichtöffentlich ist. Das heißt, nur diejenigen dürfen daran teilnehmen, die von der Enquete-Kommission ein entsprechendes Schild erhalten haben. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Appetit und unterbreche die Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 13.26 Uhr

